

Forum Zur Abschaffung der Heiratsstrafe

Heiratsbonus und Konkubinatsstrafe

Die sogenannte «Heiratsstrafe» ist eine der liebsten Mythen der Schweizer Politik. Nun will der Bundesrat Ehepaare steuerlich entlasten und verschärft damit die Konkubinats- und Alleinstehendenstrafe.

Von Andrea Caroni*

Seit einem berühmten Bundesgerichtsentscheid von 1984 zur damaligen Heiratsstrafe hat die Politik mit unzähligen Ehevorzügen per Saldo einen Heiratsbonus geschaffen. So sind alle 300 000 Einverdiener-Ehepaare gegenüber Einverdiener-Konkubinatspaaren privilegiert. Bei beiden wird kein Einkommen progressionswirksam zusammengerchnet, die Ehepaare aber profitieren vom Verheiratetenabzug und vom Verheiratetenabzug. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den circa 800 000 Zweiverdiener-Ehepaaren. Sie profitieren zusätzlich noch vom Zweiverdienerabzug. Nur bei den 10 Prozent der bestverdienenden Zweiverdienerpaare (den berühmten 80 000) und in viel geringerem Ausmass bei gewissen Rentnerhepaaren bleibt bei den Bundessteuern noch ein Nachteil – unter Berücksichtigung der kantonalen Eheentlastungen jedoch stark gemildert. Die meisten andern Zweiverdiener-Ehepaare haben tendenziell – wie alle Einverdiener-Ehepaare – einen Ehebonus. Per Saldo gibt es also einen «Heiratsbonus» und eine «Konkubinatsstrafe» beziehungsweise eine «Alleinstehendenstrafe».

Doch das reicht einigen Kreisen noch nicht. Ihrem Lobbying folgend will der Bundesrat die erwähnte kleine Gruppe der – zumindest auf Bundesebene – noch benachteiligten, sehr gut verdienenden Zweiverdiener-Ehepaare mittels einer alternativen Steuerberechnung noch besser stellen. Ehepaare würden immer das für sie günstigere Modell kriegen – im Unterschied zu allen andern Steuerpflichtigen. Dieser Vorschlag brächte nicht nur Bürokratie, sondern auch Steuerausfälle von 1,15 Milliarden Franken. Mit diesem Vorschlag würde der «Heiratsbonus» nur verstärkt und die «Konkubinatsstrafe» merklich verschärft.

Doch es kommt noch wilder: Obwohl mit diesem Vorschlag jegliche «Heiratsstrafe» systematisch abgeschafft würde, sollen die geltenden Abzüge weiterhin getätigt werden. Dieses System ist nicht konsequent und schafft neue Ungerechtigkeiten.

Die Pointe der Absurdität ist aber, dass Einverdiener-Ehepaare neu einen Einver-



dienerabzug erhalten sollen. Dies nicht etwa, um eine «Heiratsstrafe» zu mildern (Einverdiener haben wie erwähnt nie eine). Sondern weil die Zweiverdiener-Ehepaare dermassen viele Goodies kriegen, dass die Einverdiener-Ehepaare auch einen Bonus wollen. Die rund 300 000 Konkubinatspaare sowie zahlreiche Alleinstehende sind dem Bundesrat offenbar egal. Dabei sollte es den Staat nichts angehen, welche Lebensform ein Mensch wählt.

Wollte man wirklich eine zivilstandsneutrale Besteuerung, sollte man die Individualbesteuerung wählen. Denn wird jeder Mensch einzeln betrachtet, spielt sein Lebensmodell keine Rolle mehr. Damit wäre jegliche Heirats- oder Konkubinatsstrafe per Federstrich abgeschafft. In allen anderen Modellen resultiert immer irgendeine Zivilstandsdiskriminierung.

Ich rate den Politikern, nichts zu tun. Das ist besser, als die bestehenden Ungerechtigkeiten zulasten der Nichtverheirateten zu verschärfen.

Der zweite Vorteil der Individualbesteuerung ist der zusätzliche Arbeitsanreiz für den Zweitverdiener. Bei der gemeinschaftlichen Besteuerung wird das Zweiteinkommen, also oft der Zusatzverdienst der Frau, oben auf die Progressionskurve des Hauptverdieners hinzugerechnet. Das ist ein Hauptgrund, warum unsere gut ausgebildeten Frauen ihre Teilzeitpensen kaum erhöhen.

Will man die Individualbesteuerung dennoch nicht, so schlage ich vor, was für Politiker das Schwierigste von allem ist: nichts zu tun, also den Status quo zu akzeptieren. Das ist auf jeden Fall besser, als die schon bestehenden Ungerechtigkeiten zulasten der Nichtverheirateten zu verschärfen.

* Andrea Caroni ist Rechtsanwalt und Ständerat (FDP/AR).

Kommentar

Zum Rücktritt von Rosmarie Widmer Gysel

Am kommenden Samstag hat Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel ihren letzten Arbeitstag. Sie ist seit 2005 in der Regierung, zuerst als Erziehungsdirektorin und seit 2010 als Finanzdirektorin. Vor allem in der zweiten Funktion wird sie in Erinnerung bleiben, denn in ihre Amtszeit fielen äusserst anspruchsvolle Jahre. 2012 war ein Tiefpunkt mit fast 30 Millionen Franken Defizit, ab 2015 ging es wieder aufwärts, und



Zeno Geisseler
Redaktor

zeno.geisseler@shn.ch

Eine solche Standfestigkeit ist unter Politikern selten geworden.

2017 war ein Bombenjahr mit mehr als 80 Millionen Franken Überschuss. Sie selbst betont bei jeder Gelegenheit, dass sie allein weder für das eine noch für das andere verantwortlich gewesen sei, was natürlich stimmt – der Kanton ist ein kompliziertes Räderwerk. Dennoch wurde sie oft persönlich angefeindet, von der Linken für Sparmassnahmen, von den Bürgerlichen, und dabei am meisten von ihrer eigenen SVP, wegen ihrer Zurückhaltung bei Steuersenkungen oder dafür, dass sie sich für höhere Löhne für das Staatspersonal einsetzte. Sie liess sich weder von der einen noch von der anderen Seite von ihren Überzeugungen ablenken, auch wenn sie dies bei den Wahlen Stimmen kostete. Eine solche Standfestigkeit, erworben in langen Jahren in der Privatwirtschaft, ist unter Politikern selten geworden. Dass sie nun vorzeitig geht, ist doppelt bedauerlich. Erstens, weil ihr Abgang so kurz nach der Wiederwahl erfolgt. Eine Amtszeit gehört vollendet. Zweitens, und das wiegt schwerer, weil ihr Drive der Regierung, dem Parlament und dem Kanton gutgetan hat. Ihre Stimme wird nicht einfach zu ersetzen sein.

Leserbriefe

Die natürliche Kiesbank ist eine Augenweide

Zu «Ein Kiesufer, das die Gemüter spaltet», SN vom 22. 3.

Wann immer man das linke Rheinufer zwischen Propstei und Camping Wagenhausen entlangspaziert, begegnet man freundlichen Leuten, die hier ebenfalls Erholung suchen. Betrachtet man beim jetzigen Wassertiefstand die Rheinufersituation, muss man nicht lange sinnieren, ob eine Kiesbank oder eine Mauer dem Gemüt mehr Freude bereitet. Die natürliche Kiesbank ist eine Augenweide; die schrofte Mauer wirkt abweisend und ermöglicht den Zugang zur Wasserkante nur über wenige Treppen. Der Kanton gab vor geraumer Zeit den Anstoss zur Renaturierung auch dieses Uferabschnittes und ist bereit, den Hauptanteil der Kosten zu übernehmen.

Die ablehnende Haltung des Gemeinderates begründet der Gemeindepräsident mit den Kosten von 30 000 Franken. Dabei wird zurzeit beim Steinbach für mehrere 100 000 Franken ein umstrittenes Hochwasserschutzprojekt verwirklicht. Gleichzeitig soll kein Geld für die überfällige Rheinufersanierung übrig sein.

Mit zahlreichen Petitionsunterschriften manifestieren wir, dass wir beitragen wollen zur Verschönerung unse-

res Uferabschnittes – zur Freude aller Bewohnerinnen und Bewohner unserer Rheinufergemeinde und zum Nutzen aller in der Uferzone lebenden Tiere.

Pius Rinderer
Kaltenbach

Völlig unverständlich und der Sache abträglich

Zu «Sulzberger muss Bachschule abgeben», SN vom 23. 3.

Als ehemaliges, langjähriges Stadtschulratsmitglied befremdet mich die anhaltende publizistische Hexenjagd in den «Schaffhauser Nachrichten». Ich weiss, dass die Aufgaben des Stadtschulrats und der Ephoren seit meiner Amtszeit wesentlich zugenommen haben, sodass ich mir diese Funktion nebenberuflich heute gar nicht mehr leisten könnte. Denke ich da nur an die jährlichen Qualifikationsgespräche mit den Lehrpersonen und die Zunahme an Schülern mit Migrationshintergrund.

Dass dabei nicht immer alles rundläuft, ist natürlich und menschlich. Muss es gleich kräftig aufgeblasen an die grosse Glocke gehängt werden? Je komplexer eine Situation ist, ob es Schüler, Lehrpersonen oder Ephoren betrifft, umso mehr Zeit erfordert sie

für gründliche Abklärung und Lösung. Diese Zeit muss dem Stadtschulrat ohne Einmischung von aussen zugestanden werden, um seine Aufgabe nicht unnötig zu erschweren. Über all meine Amtsjahre herrschte im Stadtschulrat eine sachbezogene, kollegiale Zusammenarbeit, ungeachtet der politischen Herkunft seiner Mitglieder. Dass nun von aussen parteipolitisch gewirbelt wird, ist für mich völlig unverständlich und der Sache abträglich. Ich wünsche dem Stadtschulrat die nötige Zeit und Kraft, um die anfallenden Probleme zu meistern.

Paulus Bachmann
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe»

veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Korrigenda

WECHSEL BEI SCHULFINANZEN ...

SN vom 28. 3. 2018

Die neue Leiterin der Primar- und Schulgutsverwaltung in Uhwiesen ab Juni 2018 heisst korrekt Nicole Bertsch Leu, nicht Nicole Leu.

Pressestimmen Westen in Konflikt mit Russland

Neue Zürcher Zeitung

«Das Misstrauen, das in der Ausweisung von mehr als 150 Diplomaten zum Ausdruck kommt, ist nicht das Resultat von «Russophobie», sondern die Frucht einer Saat, die der Kreml über Jahre ausgestreut hat. Der Fall Skripal reiht sich an weitere Mordaktionen gegen dissidente Russen im Westen, an Cyberangriffe gegen Behörden und Politiker, an einen Informationskrieg zur Untergrabung westlicher Demokratie. Moskau bestreitet stets jede Verantwortung, genießt aber schon lange keine Glaubwürdigkeit mehr. Es hat nun offensichtlich den Bogen überspannt.» (NZZ)



«Bemerkenswert ist die 180-Grad-Wende von US-Präsident Trump. Nach der Wahl Putins wollte er noch ein Gipfeltreffen mit dem Kreml-Chef, doch plötzlich teilt er gegen Moskau noch hart aus. Trump nutzt die Gelegenheit, um Distanz zu Moskau zu demonstrieren. Washington ist es nämlich ein Dorn im Auge, dass der Einfluss Russlands und des Irans im Nahen Osten zunimmt. Sie suchen gemeinsam nach Mitteln, um dies einzudämmen. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Putin sich dadurch einschüchtern lässt.» (Jiefang Ribao)

theguardian

«Solche Sanktionen werden ohnehin schon eingeschränkte Informationskanäle gänzlich verschliessen. Sie könnten sogar dazu beitragen, Putins Behauptung zu stützen, dass Russland von Feindseligkeit umringt ist. Zweifelloser wird es nun als Retourkutsche ebenfalls zu Ausweisungen kommen. Und vielleicht noch mehr: Denn Putin versteht die Kraft asymmetrischer Reaktionen. Aber auch der Westen verfügt über weitere Optionen. Eine entscheidende Frage wird sein, ob etwa auch Vermögenswerte mit Putin befreundeter Oligarchen ins Visier genommen werden.» (The Guardian)



«Die Massnahmen kommen praktisch einem Ultimatum an Moskau gleich, seine Aussenpolitik zu überdenken. Die Situation ist in mehrfacher Hinsicht beispiellos. Bislang reagierte Russland auf Ausweisungen immer mit Gegenausweisungen. Aus dieser Lage wieder herauszukommen, wird nun immer schwerer, der Diplomatenkrieg dreht sich und führt zwangsläufig zur Aushöhlung diplomatischer Beziehungen und zur Beeinträchtigung der internationalen Zusammenarbeit – bis hin zur Krise.» (Wedomosti)

Im Gespräch mit: Rosmarie Widmer Gysel

Noch zwei Tage, dann übergibt Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel (SVP) die Verantwortung für das Finanzdepartement ihrer Nachfolgerin. Im SN-Interview zieht sie Bilanz: über ihr Leben, ihr Amt und die SVP.

«Klar, das hat mich geärgert»

Von Zeno Geisseler

Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel (SVP) wurde 2004 in die Kantonsregierung gewählt. Nun tritt sie ab: Am Samstag hat sie ihren letzten Arbeitstag. Zeit für einen Rückblick.

Frau Widmer Gysel, im SN-Archiv haben sich im Laufe der Jahrzehnte Hunderte von Beiträgen angesammelt, in denen Sie vorkommen. Welcher, denken Sie, war der erste Artikel überhaupt?

Rosmarie Widmer Gysel: Ich erinnere mich an einen Vortrag zum Thema Gesamtverteidigung in den späten Achtzigerjahren. Ging es darum?

Nein, es war viel früher. Die erste Erwähnung war 1956. Bei den Geburten heisst es: «Widmer Rosmarie, des August W.-Gasser, Mechaniker, von Buch bei Affeltrangen, in Hallau». Wie stark hat Ihr Elternhaus Sie geprägt?

Widmer Gysel: Ziemlich stark. Jedenfalls bis ich 17 Jahre alt wurde und wegen meiner Ausbildung von zu Hause auszog. Wir Kinder waren viel mehr mit der Mutter zusammen als mit dem Vater. Sie gab uns besonders viel mit, so auch den Hallauer Dialekt. Mein Vater kam ja aus Herisau, und er blieb sprachlich immer ein «Apezzöler». Aber auch die Grosseltern beeinflussten uns sehr. Ich denke heute noch viel an meine Grossmutter in Herisau, zu ihr hatte ich einen ganz besonderen Draht.

Waren die Widmers eine politische Familie?

Widmer Gysel: Nicht unbedingt. Aber klar, es gab Themen, die heftig besprochen wurden. Ich erinnere mich an die Einführung des Frauenstimmrechts 1971. Ich war damals 15 und interessierte mich stark für diese für uns Frauen so wichtige Abstimmung. Allgemein interessierte ich mich schon früh für die grossen Zusammenhänge, etwa die Geschichte der Schweiz.

Eigentlich, so lernen wir in einem Artikel aus dem Jahr 1989, wären Sie am liebsten Physiotherapeutin geworden, Sie fanden aber keinen Ausbildungsplatz. Schliesslich nahm Ihre Karriere andere Wege, bis hin zur Finanzchefin bei Farner und in die Kantonsregierung. Wären Sie auch als Physiotherapeutin so weit gekommen?

Widmer Gysel: Wer weiss? Ich machte mir damals keine Gedanken über die Zukunft, ich wollte einfach einen spannenden Beruf ausüben und einen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Das war es, was mich eigentlich das ganze berufliche Leben antrieb.

Im Kanton Schaffhausen wurde man bald auf die engagierte Hallauerin aufmerksam, auch politisch. Sie fanden Ihre Heimat in der SVP. Wieso nicht in der FDP?

Widmer Gysel: Meine bürgerliche Gesinnung hatte sich mit dreissig gefestigt. Damals wurde ich für den Grossen Rat an-

«Bei der FDP hatte ich den Eindruck, dass man die auf dem Tennisplatz trifft, und ich spiele kein Tennis.»

gefragt. Im Klettgau pflegte ich gute Beziehungen zu SVP-Leuten wie Hans Grüninger, Willy Gysel oder Kurt Waldvogel. Sie waren Vorbilder. Bei der FDP hatte



«Ich hatte mir keine grossen Chancen ausgerechnet»: Rosmarie Widmer Gysel über ihre Wahl.

BILD ZENO GEISSELER

ich den Eindruck, dass man die auf dem Tennisplatz trifft, und ich spiele kein Tennis.

Sie traten in der SVP stark in Erscheinung, kamen in Hallau in den Gemeinderat, übernahmen die Führung der Kantonalpartei. 2004 wurden Sie in die Kantonsregierung gewählt. War das einfach ein logischer nächster Schritt?

Widmer Gysel: Nein, überhaupt nicht. Die SVP hielt ja lange nur einen Sitz im Regierungsrat, und bei den Wahlen 2004 wollte man den zweiten Sitz holen. Meine Wahl war natürlich sehr erfreulich, aber sie war auch unerwartet. Ich hatte mir im Vorfeld jedenfalls keine grossen Chancen ausgerechnet.

Sie und Ursula Hafner-Wipf wurden damals als erste Frauen überhaupt in die Regierung gewählt.

Rosmarie Widmer Gysel

Rosmarie Widmer Gysel (61, SVP) wurde 2004 in die Schaffhauser Kantonsregierung gewählt. Bis 2010 war sie Erziehungsdirektorin, im Anschluss Finanz- und Sicherheitsdirektorin. Per Ende März 2018 verlässt sie den Regierungsrat. Sie wird von Cornelia Stamm Hurter ersetzt.

Widmer Gysel: Ja, ich war immer wieder mal die erste Frau, auch im Gemeinderat von Hallau. Das war zwar schön, aber dieses Label der «ersten Frau» stand für mich nie im Vordergrund. Meine Überzeugung war immer, dass die beste Person ungeachtet des Geschlechts gewählt werden soll, wobei ich natürlich zugebe, dass es mich freut, dass mit Cornelia Stamm Hurter eine Frau meine Nachfolge in der Regierung antritt.

Vor Ihrer Wahl arbeiteten Sie zuletzt als Finanzchefin, in der Regierung wurde Ihnen aber ein ganz anderes Gebiet zugewiesen, die Bildung. War das ein Dämpfer?

Widmer Gysel: Eigentlich ging ich im Wahlkampf tatsächlich davon aus, dass ich die Finanzen übernehmen würde, es ging ja um den Ersatz des damaligen Finanzdirektors Hermann Keller. Doch dann begann es sich abzuzeichnen, dass Heinz Albicker

zu den Finanzen wechseln und ich die Bildung übernehmen würde. Ehrlich gesagt, hatte ich vor diesem Amt grossen Respekt, ich verstand anfänglich nicht viel vom Thema. Doch diese gut fünf Jahre im ED waren eine sehr gute Zeit. Ich denke, wir konnten viel bewegen, auch wenn ein grosses Projekt, das neue Schulgesetz, in der Volksabstimmung abgelehnt wurde.

2010 wechselten Sie zu den Finanzen, im gleichen Jahr begannen finanziell schwierige Zeiten für den Kanton. Haben Sie sich da manchmal ins ED zurückgewünscht?

Widmer Gysel: Nein. Mein Mann sagt immer, ich hätte ein Naturell, um mit unangenehmen Situationen umzugehen und das Beste daraus zu machen. Wir waren dann insgesamt schliesslich auch recht gut unterwegs.

Die Regierung ist eine Einheit. Dies wurde in der Öffentlichkeit und im Parlament nicht unbedingt immer so wahrgenommen. Sie waren die böse Finanzdirektorin, welche sparen wollte, Leistungen kürzte und mit Steuersenkungen geizte.

Widmer Gysel: Klar, das hat mich geärgert. Die Vorschläge für Entlastungsmassnahmen kamen ja aus den anderen Departementen, und wir traten als Gesamtregierung auf. Ich konnte damals nichts dafür, dass wir in die roten Zahlen rutschten, und ich kann nichts dafür, dass der Kanton nun wieder perfekte Zahlen vorweisen kann.

«Ich habe mir einen Parteiaustritt überlegt, aber das wäre klein beigeben gewesen, und das wollte ich nicht.»

Mit Ihrer Partei, der SVP, gab es deutliche und öffentlich ausgetragene Konflikte.

Mitglieder Ihrer eigenen Partei haben Sie im Parlament immer wieder massiv angegriffen. Fühlen Sie sich in der SVP eigentlich noch zu Hause?

Widmer Gysel: Nein. Aber ich war auch nicht nur wegen meiner Partei in der Regierung. Wir Regierungsräte werden von 12000 bis 13000 Stimmbürgern gewählt, und das sind zum Grossteil keine SVPLer. Das gibt einen grossen Rückhalt.

Was ist denn Ihr Parteiverständnis?

Widmer Gysel: Ich sehe die SVP als eine staatstragende Partei. Das heisst nicht, dass man alles, was vom Staat kommt, gut finden muss, aber dass man konstruktiv-kritische Beiträge leistet. Und dies ist schwieriger geworden. Heute bin ich überzeugt, dass viele SVP-Wähler und auch Parteimitglieder so denken wie ich. Ich habe mir ein paarmal einen Parteiaustritt überlegt. Aber das wäre klein beigeben gewesen, und das wollte ich nicht.

Andere ehemalige Regierungsräte sind offen für Mandate. Sie auch?

Widmer Gysel: Ich habe in meinem ganzen Leben viel gearbeitet. Jetzt will ich keine neuen Pflichten mehr, sondern nur noch tun, was mir Spass macht. Ich suche nichts, aber wenn etwas Interessantes auftaucht, warum nicht? Klar ist aber vor allem, dass ich die nächsten Jahre mit meinem Mann und meinen Enkeln geniessen möchte und Zeit in den Reben verbringen werde. Darauf freue ich mich.

Frau Regierungsrätin, besten Dank für dieses Gespräch.